



UMWELT

von Prof. Dr. HERMANN KNOFLACHER

EVAL-Datenbank:

PERSON-Knofl.-T07

Kein Wunder

PERSONC-T04-Kurz

Stellen wir uns vor, dass durch unbedachtes Experimentieren mit zu viel und zu billiger Energie die Region in Brand geraten ist und Siedlungen bedroht werden. Der Bürgermeister, ein Politiker, naturfremd ohne Kenntnisse und Arbeits- erfahrung, ist nur an Machterweiterung interessiert. Er stützt sich auf die Gewinner dieser fatalen Entwicklung, die keine Veränderung wollen. Die sachkundige Feuerwehr verlangt wegen der von der Bevölkerung bereits erkennbaren Gefahren Maßnahmen, um den Brand einzudämmen. Der Politiker aber, beeinflusst von den Zündern, die weitermachen wollen, will sie auch noch mit Steuergeld unterstützen, obwohl die Menschen erkannt haben, dass sie ihren Lebensstil ändern müssen.

UMWE50-T23
 GELD90-T31
 MENS26-T27
 MENS25-T75
 POLI03-T04
 POLI350-T67
 POLI90-T06

Von der beschriebenen Fiktion zur Realität unseres Landes: Im US-Magazin „Times“ wurde ein Schreiben des Bundeskanzlers abgedruckt, aus dem ich folgende Zitate entnehme: „Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) hält im Kampf gegen den Klimawandel nichts von radikalen Eingriffen. „Wir werden nicht weiterkommen, wenn wir plötzlich zu ändern versuchen, was wir heute tun. Wenn wir den Klimawandel wirksam bekämpfen und zugleich auf dem Weg des wirtschaftlichen Fortschritts bleiben wollen, sollten wir auf dem besten Modell der Menschheitsgeschichte aufbauen: Liberale Demokratie, basierend auf freier Marktwirtschaft und Rechtsstaat.“ Begreift er nicht, dass genau diese Ideologie den Brand ausgelöst hat? Warum hat er die Corona-Bedrohung nicht der freien Marktwirtschaft überlassen, die seiner Meinung ohnehin alle Probleme besser löst als ein gut geführter Staat? Dann packt er das schon längst tote Gespenst aus, indem er sich gegen einen „sozialistischen Zentralstaat in grüner Verkleidung“ ausspricht. Kennt er die Verfassung nicht? Er leitet nur das Bundeskanzleramt und kann nicht einmal einem Minister eine Weisung erteilen. Dass sich „Times“ für eine ÖVP-Werbung hergibt, ist erstaunlich und hängt vielleicht mit den vielen Millionen, die der Bundeskanzler auf unsere Kosten für seine Werbe-Aktivitäten ausgibt, zusammen. In den eineinhalb Jahren der türkis-blauen Regierung sollen es mehr als 270 Millionen gewesen sein. Kein Wunder, dass die Beliebtheitswerte der Regierung im Sturzflug sind.